

JAHRESBERICHT

2019



**Stadtkreisverband
Ludwigshafen am Rhein**

**Arbeiterwohlfahrt
Stadtkreisverband Ludwigshafen e.V.**
Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)

Fachdienst für Migration und Integration
Kurt - Schumacher – Haus, Maxstraße 65

67059 Ludwigshafen

Tel: 0621 518015

Fax: 0621 5292156

 www.awo-lu.de

mail: vorstand@awo-lu.de

Inhalt

1. **Vorwort – Gesellschaft in Vielfalt**
2. **Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)**
3. **Migrationsfachdienst (MFD) und Asylverfahrensberatung**
4. **Allgemeine Sozialberatung**
5. **Netzwerkarbeit und Kooperationen**
6. **Fortbildungen, Seminare und Fachtagungen**
7. **Personelle Besetzung und Kontaktdaten**

1. Vorwort – Gesellschaft in Vielfalt

Die Arbeiterwohlfahrt feierte 2019 ihren hundertsten Geburtstag. Aus diesem Grunde möchten wir als Vorwort zum Jahresbericht 2019 einige Passagen aus dem Grundsatzprogramm des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt vom 14. Dezember 2019 dem Bericht aus unserer Beratungsstelle voranstellen, unsere Arbeit vor Ort basiert auf diesen Grundsätzen.

„Gegründet im Jahr 1919, finden sich in der Arbeiterwohlfahrt auch heute Mitglieder, Engagierte und Mitarbeitende zusammen, um gemeinsam für eine solidarische und gerechte Gesellschaft zu streiten (...)

Wir akzeptieren weder Armut noch Ausgrenzung und wirken daran mit, den demokratischen, sozialen Rechtsstaat zu verwirklichen. (...) Die politischen Veränderungen und Umbrüche in der Welt, in Europa und in Deutschland geben uns Gründe genug, unsere Positionen zu verdeutlichen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise in den Jahren 2007/2008 sowie die Eurokrise ab 2010 (...) haben das Vertrauen in die politischen Akteure erschüttert und den Glauben an eine soziale und gerechte Ausgestaltung unseres Wirtschaftssystems in Frage gestellt. Darüber hinaus stellen nicht erst seit der Geflüchteten-Situation 2015 Rechtspopulist*innen und -extremist*innen die gelebte Vielfalt in Frage und bedrohen unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat.

Wir stellen uns diesen Entwicklungen entgegen und streiten für eine Gesellschaft, die die* den Einzelne*n achtet, sozial absichert und das Gemeinwohl fördert.“

„Wir fördern ein Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Weltanschauung, mit oder ohne Behinderung, aller Generationen, jeden Geschlechts und jeder sexuellen Identität. Als nicht religiös gebundener Verband wollen wir, dass der Staat sich weltanschaulich neutral verhält. Er darf keine Weltanschauung oder Religion privilegieren oder sich mit ihr identifizieren. Die Wohlfahrtspflege ist ein Ort, an dem Menschen mit unterschiedlichen Weltanschauungen und Religionen zusammenfinden und das Gegenüber durch direkten Austausch verstehen und respektieren lernen.

Und so ist dieses Grundsatzprogramm nicht zuletzt auch eine Einladung, sich der Arbeiterwohlfahrt anzuschließen und mit uns die Gesellschaft zu gestalten: für Freiheit, für Gleichheit, für Gerechtigkeit und Toleranz im 21. Jahrhundert.“

2. Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)

Die Fachkräfte der beiden bundesgeförderten MBE-Stellen in Ludwigshafen und Frankenthal unterstützen Zugewanderte mit einem auf Dauer angelegten Aufenthalt in den ersten drei Jahren nach der Einreise bzw. nach Erteilung der ersten Aufenthaltserlaubnis bei der Orientierung in der neuen Heimat.

Die verstärkte Zuwanderung der letzten Jahre, bedingt durch die Aufnahme Geflüchteter und die Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Arbeitnehmer*innen aus den neuen EU-Beitrittsländern, prägt den Beratungsalltag und brachte die MBE-Beratungsdienste an ihre Kapazitätsgrenzen. Die unterschiedlichen Zielgruppen und die Öffnung der MBE für Asylsuchende mit guter Bleibeperspektive veränderten auch das Aufgabenspektrum der MBE. Die steigenden Beratungsanfragen und die Vielfältigkeit des Beratungsanliegens führten auch im Jahr 2019 zu einer hohen Arbeitsbelastung.

Das wichtigste Ziel der Beratungsarbeit ist natürlich das Erlernen der deutschen Sprache durch einen raschen Zugang zu Integrationskursen, Berufssprachkursen und Unterstützung bei der Suche nach weiterführenden bzw. ergänzenden Lernangeboten vor Ort.

Wir beraten beim Erstgespräch nicht nur zu diesem Thema, sondern bieten Hilfe bei der Bewertung von Bildungs- und Berufsabschlüssen aus den Heimatländern und bei der Suche nach beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten sowie bei der Erstellung von

Bewerbungen um Ausbildungs- und Arbeitsplätze an.

Ein bedeutender Anteil der Klient*innen aus den EU-Ländern und auch aus der Türkei (türkisch-bulgarische Staatsangehörige mit EU-Freizügigkeitsberechtigung) verfügen über einen qualifizierten Berufs- oder Hochschulabschluss (vor allem in den Berufsfeldern Humanmedizin, Ingenieurwesen, Ökonomie, Lehramt, Chemie, Pflegewesen usw.). Sie benötigen intensive Beratung zur Bewertung ihrer Zeugnisse und zur Anerkennung ihrer Berufs- bzw. Hochschulabschlüsse sowie eine intensive Begleitung während des Integrations- bzw. Berufssprachkurses.

Prägend für den Berichtszeitraum war auch der deutlich gestiegene Anteil an Kursteilnehmer*innen aus EU-Ländern (Bulgarien, Kroatien, Italien, Ungarn, Polen und Rumänien). Die Nachfrage nach Integrationskursen und auch Berufssprachkursen, die auf dem Zertifikat B 1 aufbauen (besonders auf B2-Sprachniveau), ist im Berichtszeitraum insgesamt deutlich gestiegen.

Beide Fachkräfte der MBE kooperieren eng mit den für Sprachberatung zuständigen Mitarbeiter*innen der Kursträger und mit den pädagogischen Fachkräften und Kursleiter*innen. Bei Beratungsbedarf verweisen die Integrationskursträger Kursteilnehmer an die MBE oder nehmen fallbezogen direkt mit der MBE-Fachkraft Kontakt auf.

Manche Klient*innen melden sich erst nach Abschluss der Integrationskurse wieder bei uns, andere benötigen für sich selbst oder ihre Familienangehörigen schon bald nach Einreise Unterstützung beim Kontakt zu Ämtern und Behörden. Es gibt Fragen zu aufenthalts- oder sozialrechtlichen Problemen, zur Wohnungssuche, auch Konflikte mit Vermieter*innen und der Schulbesuch der Kinder sind immer wieder Themen in der Beratung. In letzter Zeit waren vermehrt wieder Familien- und Erziehungsprobleme Gegenstand der Gespräche.

Nach wie vor beschäftigt Geflüchtete, die ohne ihre Angehörigen die Heimat verlassen mussten, die Problematik des Familiennachzuges sehr. Für subsidiär geschützte Personen fühlt sich die Quotenregelung an wie eine Art Lotterie, die entscheidet, wann und wie eine Einreise der Familie möglich ist. Selbst Geflüchtete mit Anrecht auf Familiennachzug müssen jahrelang warten und bangen. Das gilt vor allem für Menschen aus Eritrea, deren Angehörige oft als Binnenflüchtlinge in afrikanischen Anrainerstaaten von Eritrea leben und für die es zum Teil unmöglich ist, staatlich beglaubigte Urkunden für seit Jahren oder sogar Jahrzehnten bestehende kirchlich geschlossene Ehen oder außerhalb des Herkunftslandes geborene eritreische Kinder zu beschaffen, die als Grundlage für das Visum zum Familiennachzug verlangt werden.

Manchen unserer Klient*innen ist es durch diese Unsicherheit, ob und wann ein Wiedersehen mit ihren Familienmitgliedern

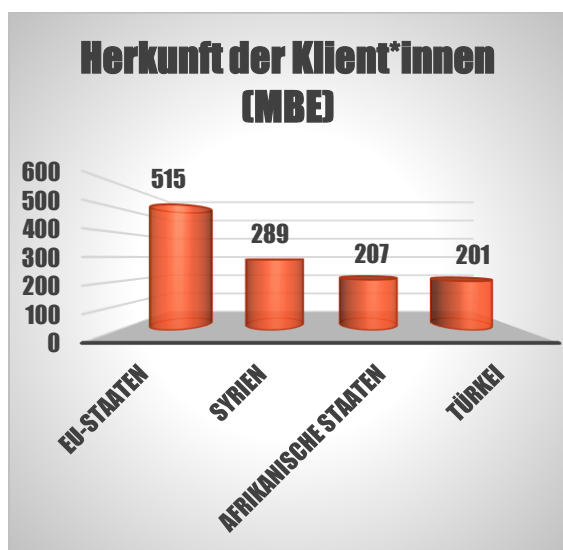
möglich ist, sowie durch die Angst um die daheim Gebliebenen fast unmöglich, sich auf das Lernen im Kurs zu konzentrieren. Auch Menschen, die mit der Familie gekommen sind, leiden oft unter posttraumatischen Störungen, haben Probleme damit, sich auf den Unterricht zu konzentrieren und klagen darüber, dass sie Gelerntes schnell vergessen. Darüber klagen auch immer wieder Personen mit Problemen in Ehe und Familie. Leider sind manche der Traumatisierten auf die Einnahme von Schlaf- oder Beruhigungsmitteln angewiesen, zumindest für eine Zeitlang, auch das hindert beim raschen Erlernen der deutschen Sprache.

Statistische Daten (MBE):

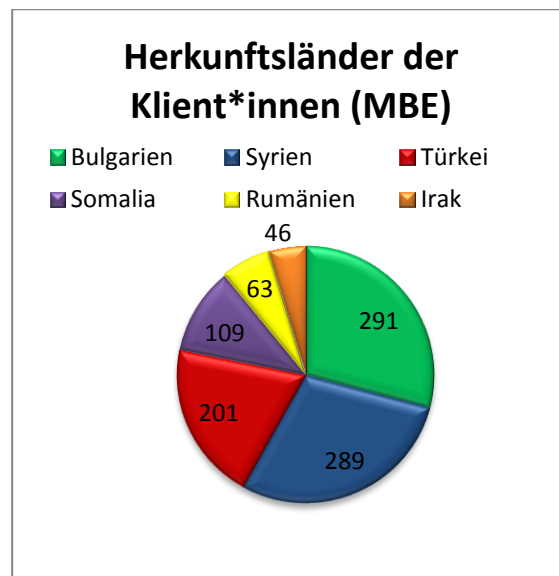
Im Berichtszeitraum haben beide Fachkräfte der MBE in beiden Standorten im Berichtszeitraum laut dem Dokumentationsprogramm KIBNET 2340 Beratungsgespräche mit den 787 registrierten Klient*innen durchgeführt. Die kurzen Anfragen wurden dabei in diesem Statistikprogramm nicht miterfasst. Zusammen mit den Ratsuchenden außerhalb KIBNET wurden insgesamt 3295 Beratungsgespräche mit 1213 Personen durchgeführt. Die Zahl der Neuaufnahmen lag in 2019 bei 387 Ratsuchende. Mit Blick auf Geschlechterverteilung ist festzuhalten, dass das Verhältnis zwischen Frauen (% 48) und Männern (%52) im Jahr 2019 annähernd ausgeglichen ist. Im Vorjahr hatten mehr Männer (% 53,10) die MBE aufgesucht als die Frauen (%46,90).

Die freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger*innen nahmen nach wie vor das Beratungsangebot der MBE am häufigsten in Anspruch. Im Jahr 2019 bildeten die EU-

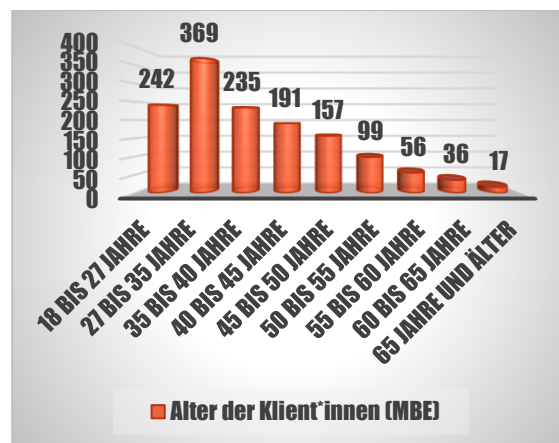
Bürger*innen laut der Statistik aus dem KIBNET mit 515 Personen die größte Gruppe der Klientel. Die Zahl der Geflüchtete aus Syrien ging im Vergleich zum Vorjahr um 37 Personen zurück, während die Zahl der Geflüchtete aus afrikanischen Staaten im Berichtszeitraum leicht zunahm:



Die Zahl der Ratsuchenden aus Bulgarien blieb auch im Jahr 2019 stabil, die bulgarischen Klient*innen bildeten wieder mit 291 Personen die am stärksten vertretene Gruppe in der MBE gefolgt von Klient*innen aus Syrien (289 Personen) und aus der Türkei (201 Personen). Die Ratsuchende aus Somalia (109 Personen), Rumänien (63 Personen) und dem Irak (46 Personen) stellen weitere große Personengruppen dar, die die Beratung der MBE-Fachkräfte in Anspruch nahmen.



Das Durchschnittsalter der Ratsuchende lag im Berichtszeitraum bei 38,3 Jahren. Die meisten Klient*innen sind zwischen 27 und 35 Jahre alt (369 Personen). Die Gruppe der jungen Migrant*innen zwischen 18 bis 27 Jahren, die sich mit typischen Problemen der Erwachsene unsere Beratungsstelle wandte, bildete die zweitgrößte Gruppe der Klientel. Die Gruppe der Erwachsene über 60 Jahren haben im Vergleich zu früheren Zeiten wesentlich seltener unsere Beratungsstelle aufgesucht:



3. Migrationsfachdienst (MFD) und Asylverfahrensberatung

Es handelt sich hier um Programme, die aus Mitteln des Landes Rheinland-Pfalz finanziert werden und die mit je einer halben Stelle in Ludwigshafen (MFD) und in Frankenthal (Asylverfahrensberatung) vertreten sind. In der Konzeption des Landes ist ausdrücklich vermerkt und klar festgelegt, dass alle Migranten unabhängig vom Aufenthaltsstatus seien es Asylsuchende, Geduldete, anerkannte Flüchtlinge, EU-Bürger, Familienangehörige von EU-Bürgern, Drittstaatler, Spätaussiedler und Menschen ohne Papiere in die Beratungsarbeit einzubeziehen sind. Die landesgeförderten Migrationsfachdienste ergänzen somit die bundesgeförderten MBE Stellen und leisten hiermit einen besonderen Beitrag zur individuellen und strukturellen Integrationsförderung der Migranten.

Beratungsthemen im Jahr 2019 waren überwiegend aufenthaltsrechtliche Fragen, Fragen zum Asyl- und Klageverfahren, zu Bleibeperspektiven und Sozialleistungen. Aber auch Spracherwerb, Arbeits- und Ausbildungsplatzsuche, Wohnungs- und Mietprobleme, Familienzusammenführung finanzielle Probleme, Verbraucherfragen, Kinder- und Elterngeld und Formularhilfe waren nach wie vor meist gefragte Themen in der Beratung.

Im August 2019 traten viele gesetzliche Neuregelungen im Asylbereich in Kraft. Durch das sog. „Migrationspaket“ wurden viele Gesetzesverschärfungen vorgenommen. Das

löste unter den Geflüchteten sehr viel Unruhe aus. Der Beratungsbedarf hierzu war dementsprechend sehr groß und es war eine große Herausforderung, stets auf dem aktuellen Stand zu bleiben. Vor allem Menschen mit Duldung oder mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus erhielten ausführliche Auskunft über die Gesetzesänderungen (z.B. Mitwirkungspflichten, Passbeschaffung, Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung, Fachkräfteeinwanderung etc.) und Bleiberechtsregelungen.

Eine unabhängige Asylverfahrensberatung durch die Wohlfahrtverbände während des Asyl- und Klageverfahrens, aber auch danach ist für die Geflüchtete von enormer Bedeutung. Einige Asylbewerber*innen konnten mit Hilfe der Beratungsstelle eine Ausbildungsstelle z.B. im Pflege- oder im Gastronomiebereich finden und so ihre Bleibeperspektiven verbessern. Auch freiwillige Helfer sowie diverse soziale Institutionen nahmen häufig das Beratungsangebot sowohl persönlich als auch telefonisch und per E-Mail in Anspruch.

Die Beratungsstelle kooperierte auch dieses Jahr eng mit der VHS-Ludwigshafen und wurde stets versucht die Neuzugewanderte so schnell wie möglich in die Integrationskurse zu vermitteln und falls vorhanden die erworbenen ausländischen Qualifikationen anerkennen zu lassen. Die Ratsuchenden, die vom Integrationskursbesuch ausgenommen waren, wurden über die Möglichkeit der kostenlosen Teilnahme an Sprachkursen durch die VHS Ludwigshafen informiert. Vor allem die Mütter mit minderjährigen Kindern wurden über die Notwendigkeit der Erlangung der deutschen

Sprache aufgeklärt und auf die Angebote der Deutschkurse (Mama-Kurse) mit Kinderbetreuung aufmerksam gemacht.

Statistische Daten:

Im Jahr 2019 wurde durch den MFD insgesamt 431 Menschen beraten und ca. 1.550 Beratungsgespräche geführt. In Ludwigshafen: 354 Klienten/1199 Beratungsgespräche und in Frankenthal: 77 Klienten/ 357 Beratungsgespräche.

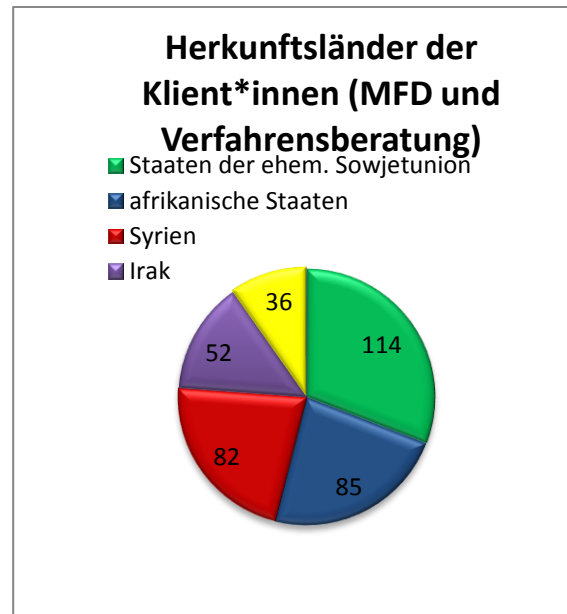
Die Mehrheit der Ratsuchenden besuchte mehrmals die Beratungsstelle, da oft komplexe Problemkonstellationen vorlagen und eine langfristige Beratung erforderlich war. Zwar sind die Flüchtlingszahlen im Jahr 2019 gesunken, an den Beratungszahlen hat sich aber nichts geändert.

Über 60% der Klienten waren männlich, zwischen 18-45 Jahre alt und 40% weiblich.



Die meisten Ratsuchende kamen aus den ehemaligen Sowjetländern (114), afrikanischen

Staaten(85), Syrien(82), Irak(52), EU-Staaten(37) und Afghanistan(34).



4. Allgemeine Sozialberatung

Die Stelle der allgemeinen Sozialberatung wird aus städtischen Mitteln finanziert und ist mit einer Mitarbeiterin in Teilzeit vertreten. Die meistgefragten Themen im Jahr 2019 waren Aufenthalts- und Arbeitsrecht, soziale Leistungen, Zugang zu den Sprachkursen und zu anderen Bildungsangeboten, Arbeit- und Wohnungssuche, Ausbeutung, Scheidungs- und Gesundheitsfragen sowie Gewalt in der Familie.

Statistische Daten:

Die Nachfrage war auch dieses Jahr sehr groß. Das Beratungsangebot nutzten überwiegend albanische, kosovarische und mazedonische Staatsangehörige, aber auch EU-Bürger insbesondere aus Griechenland, Italien und Drittstaatsangehörige mit Daueraufenthalt EU kamen häufig in die Beratungsstelle. Insgesamt

wurden 353 Klienten beraten und 1139 Beratungsgespräche durchgeführt. Davon waren ca. 60% männliche und 40% weibliche Klienten.

Problemfelder: Im Jahr 2019 kamen sehr viele Migranten aus den Balkanländern mit einem Arbeitsvisum nach Deutschland. Es gab aber oft Schwierigkeiten, es wurden z.B. Arbeitsverträge geschlossen und diese nach Ankunft der Mitarbeiter wieder gekündigt. Nicht selten wurden niedrigere Löhne gezahlt, die Arbeitszeiten nicht eingehalten oder die Mitarbeiter für andere Tätigkeiten eingesetzt. Die Mitarbeiterin unterstützte die Ratsuchenden so weit wie möglich, begleitete sie zu Behörden und erleichterte somit die Klärung komplexer Sachverhalte.

Aktive Netzwerkarbeit und Kooperation mit städtischen Einrichtungen wurde gewährleistet.

5. Netzwerkarbeit und Kooperationen

Am Standort Ludwigshafen gibt es seit 2011 eine Kooperationsvereinbarung zwischen den LIGA-Verbänden (AWO, Caritas und Diakonie), der Arbeitsverwaltung (Agentur für Arbeit, Jobcenter) und der Stadtverwaltung Ludwigshafen (Abteilung Aufenthaltsrecht) zum Zwecke einer strukturierten Kooperation und zur Förderung einer erfolgreichen sozialen und beruflichen Integration von Zugewanderten. Umgesetzt wird die Kooperation in Form von Informationsaustausch auf Leitungs- sowie Mitarbeiterebene sowie durch gemeinsame Sitzungen und Fortbildungen.

Leider ist seit etwa zwei Jahren zu beobachten, dass die Kooperation mit der Stadtverwaltung

Abteilung Aufenthaltsrecht eher schlechter als besser wird. Eine 2011 begonnene interkulturelle Öffnung wurde eingeschränkt durch hohe Zugangsbarrieren schon bei der Terminvereinbarung (Mitarbeiter*innen antworten nicht auf Anrufe und Mails der Klientel, MBEs aller Träger müssen zeitaufwändige Vermittlerdienste per Mail und Telefon leisten), der Ton wird bei einigen Mitarbeiter*innen wieder barscher. Anträge auf Aufenthaltsverfestigung in Form von Erteilung einer Niederlassungserlaubnis werden sehr zögerlich bearbeitet und restriktiv gehandhabt.

Es ist erfreulich, dass sowohl bei der Stadtverwaltung als auch bei der der Arbeitsagentur/Jobcenter zunehmend Mitarbeiter*innen mit Migrationshintergrund beschäftigt sind, z.T. sind mehrsprachige Mitarbeiter*innen vor Ort, die bei Verständigungsproblemen vermitteln können. Mit der VHS der Stadt Ludwigshafen, dem CJD, VFBB und dem IB besteht aufgrund der Struktur unserer Klientel eine enge fallbezogene Zusammenarbeit sowohl auf Verwaltungsebene als auch mit den pädagogischen Fachkräften. Auf Anregung der Integrationskursträger (vor allem VHS-Ludwigshafen, CJD Ludwigshafen und IB Frankenthal) wandten sich auch in diesem Jahr viele Sprachkursinteressierte an unsere Beratungsstelle. Eine langjährige, sehr enge Zusammenarbeit mit dem IB als Träger von Jugendintegrationskursen ist besonders hervorzuheben, sowie eine ebenso hervorragende Kooperation mit dem ESF-Projekt „Jugendscout“ beim Jugendamt der Stadt Ludwigshafen, durch das die Kinder unserer Klient*innen Zugang zu

Ausbildungsmöglichkeiten finden, manchmal findet das Erstgespräch mit den MBE – Fachkräften und den Eltern statt, um die Schwellenangst abzubauen.

Am Standort Frankenthal gibt es regelmäßige Treffen der Akteure der Migrationsarbeit der Stadtverwaltung und des Jobcenters mit den Verbänden, die Integrationskurse bzw. Migrationsberatung anbieten. Außerdem treffen sich die Mitarbeiter*innen der MBE und der Verfahrensberatung mit den Sozialarbeiter*innen der Stadtverwaltung (Sozialamt, Abteilung Asyl) zum Erfahrungsaustausch. Auch an der ab 2020 geplanten Fortschreibung

des Integrationskonzeptes der Stadt Frankenthal sollen die MBEs der AWO Ludwigshafen wieder mitarbeiten.

Aufgrund beharrlicher Kritik am Umgang bestimmter Mitarbeiter*innen des Sozialamtes Frankenthal mit Geflüchteten, u.a. durch die Kolleg*innen der Beratungsdienste und zahlreicher Unterstützer*innen von Geflüchteten wurde im Jahr 2019 die Abteilung endlich umstrukturiert.

6. Fortbildungen, Seminare und Fachtagungen

MitarbeiterInnen unserer Beratungsstelle besuchten im Jahr 2019 folgende Veranstaltungen:

- ✚ Regelmäßige Regionalkonferenzen der AWO-Migrationsberatungsstellen in Koblenz
- ✚ Klausurtagung der AWO-Migrationsberatungsstellen in Rheinland-Pfalz von 25.04 bis 26.04.19 in Remagen-Rolandseck
- ✚ Regelmäßige Teilnahme an Sitzungen von AK Migration in Ludwigshafen und in Frankenthal
- ✚ Die LIGA-Jahrestagung der landesgeförderten Migrationsfachdienste am 29.01.19 und am 25.11.19 in Mainz
- ✚ Gemeinsame Fachtagung (Jobcenter / Agentur für Arbeit /Ausländerbehörde Jugendamt und LIGA) zum Thema „Qualifizierung und Arbeit“ am 18.09.19, im IHK-Zentrum für Weiterbildung in Ludwigshafen
- ✚ Fortbildung: Neuerungen im Asylrecht am 13.06.19 und am 31.10.19 in Bad-Kreuznach.
- ✚ Fortbildung: Änderungen im Asylrecht (Migrationspaket) vom Flüchtlingsrat RLP am 23.10.19 in Mainz
- ✚ Fortbildung: Standesamt (Anforderungen an Flüchtlinge und Flüchtlingsfamilien) am 19.11.19 in Ludwigshafen
- ✚ Plenum des AK-Asyl-Flüchtlingsrat RLP am 21.11.19 in Mainz
- ✚ Gespräch der LIGA-MitarbeiterInnen mit den Fraktionen im Stadtrat am 30.10.19, bei der AWO-Ludwigshafen
- ✚ Regelmäßige Supervisionssitzungen für die Migrationsberater in Mainz

7. Personelle Besetzung und Kontaktdaten

Geleitet wird die Beratungsstelle ehrenamtlich von Herrn Holger Scharff, Vorstandsvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt, Stadtkreisverband Ludwigshafen e.V.

Holger Scharff	Telefon	0177 2145868
(Vorsitzender)	Telefax	0621 5292156
	E-Mail	vorstand@awo-lu.de

Buchhaltung und allgemeine Information

Matthias Gärtner	Telefon	0621 518015
(Verwaltung)	Telefax	0621 5292156
	E-Mail	buero@awo-lu.de

Bürozeiten

Montag bis Freitag	10:00 Uhr bis 12:00 Uhr
	14:00 Uhr bis 16:00 Uhr

**MBE - Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer
(gefördert durch das Bundesministerium des Innern - BMI)**

Maria Khanian Lish (Diplompädagogin, M.A.)	Sprachen	Deutsch, Englisch, Türkisch (Französisch)
	Telefon	0621 5292107
	Mobil	0176 845 483 95
	E-Mail	khanian@awo-lu.de

Sprechstunden ohne Terminvereinbarung in Ludwigshafen
Montag 14:00 Uhr bis 16:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung

Sprechstunden in Frankenthal, Mehrgenerationenhaus, Mahlastraße 35, 67227 Frankenthal
Dienstags 14:00 Uhr bis 17:00 Uhr
und nach Vereinbarung

Seçkin Durusoy (Pädagoge, M.A.)	Sprachen	Deutsch, Türkisch
	Telefon	0621 515801
	Mobil	0176 – 845 483 96
	E-Mail	durusoy@awo-lu.de

Sprechstunden ohne Terminvereinbarung in Ludwigshafen
Freitag 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung

Sprechstunden in Frankenthal, Mehrgenerationenhaus, Mahlastraße 35, 67227 Frankenthal
Dienstag 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr
sowieso nach Vereinbarung

**MFD - Migrationsfachdienst und Asylverfahrensberatung
(gefördert durch das Land Rheinland-Pfalz)**

Ekaterine Degen (Germanistin, M.A.)	Sprachen	Deutsch, Russisch, Georgisch, Englisch
	Telefon	0621 511706
	Mobil	0176 – 845 483 94
	E-Mail	degen@awo-lu.de

Sprechstunden in Ludwigshafen
Dienstag 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung

Sprechstunden in Frankenthal (Dathenushaus)

Montag 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr
Dienstag 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr
Donnerstag 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr
(Dienstag nur mit Termin)

Migrationssozialarbeit

(gefördert durch die Stadtverwaltung Ludwigshafen)

Shpresa Cellmer
(Sozialberaterin)

Sprachen
Telefon
Handy
E-Mail

Deutsch, Albanisch
0621 5292047
0176 – 845 483 97
cellmer@awo-lu.de

Sprechstunden

Dienstag 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung

An dieser Stelle danken Vorstand und MitarbeiterInnen der Arbeiterwohlfahrt, Stadtkreisverband Ludwigshafen e.V., allen ihren Förderern und KooperationspartnerInnen für Ihre Unterstützung und vertrauensvolle Zusammenarbeit im Jahr 2019.

In besonderem Maße möchten wir uns wie immer auch bei den Menschen bedanken, die als BrückenbauerInnen, ehrenamtliche HelferInnen, als Nachbarn oder Bekannte die Ratsuchenden in unsere Beratungsstelle begleitet haben. Wir haben immer wieder beeindruckende Persönlichkeiten kennenlernen dürfen und viel Hilfsbereitschaft und echte Freundschaften zwischen Alteingesessenen und Neuzuwanderern erlebt, die Hoffnung machen.

Sie und unsere Praktikantinnen und Praktikanten bzw. ehrenamtlichen MitarbeiterInnen haben uns tatkräftig in der Arbeit unterstützt, viele Gespräche mit den Ratsuchenden hätten ohne ihre Hilfe nicht so erfolgreich stattfinden können.

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Rheinland-Pfalz
MINISTERIUM FÜR FAMILIE,
FRAUEN, JUGEND, INTEGRATION
UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Ludwigshafen
Stadt am Rhein